

Postulat 11

Ein Dach für Sexarbeiter*innen

Luzi Andreas Meyer und Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion vom 22. Oktober 2024

Der Verein LISA unterstützt und vertritt seit 2013 die Interessen der Sexarbeiter*innen. Momentan befindet sich der Strassenstrich im Ibach, in der Sackgasse Reusseggstrasse. Als Infrastruktur wurde 2013 ein Beratungscontainer aufgestellt, der unter anderem als Aufenthaltsraum für die Sexarbeiter*innen genutzt wird und viermal pro Woche abends während drei Stunden durch LISA betrieben wird. Die Baubewilligung für einen weiteren Container, der einen separaten Aufenthaltsraum mit Schliessfächern und WC für die Sexarbeiter*innen bietet, ist erteilt. Dieser wird den rund 10–15 Sexarbeitenden durch einen Zahlen-code 24/7 zur Verfügung stehen.

2014 ereignete sich der Vorfall, dass eine vermisste Prostituierte des Luzerner Strassenstrichs in Stansstad tot aufgefunden wurde. Es wurde von einem Tötungsdelikt ausgegangen. Im Jahr 2017 gab es Raubüberfälle, die Täter*innen wurden gefasst und verurteilt, sind aber bereits wieder auf freiem Fuss. Ebenfalls kam es immer wieder zu verschiedenen Gewaltdelikten bis hin zu Morddrohungen. Im Geschäftsbericht 2023 des Vereins LISA ist zu lesen: «Im April 2023 kam es leider zu einem erneuten Gewaltvorfall am Strassenstrich. Ein maskierter Mann bedrohte eine Sexarbeiterin mit einer Axt. Die Frau erlitt keine körperlichen Verletzungen, dennoch sass der Schock sehr tief und die psychische Belastung war einschneidend. Der Täter flüchtete und konnte nicht ausfindig gemacht werden. Der Vorfall löste auch bei anderen Sexarbeiter*innen, welche früher mal Gewalt im Ibach erlebt haben, negative Erinnerungen aus. Dieses Ereignis macht einmal mehr deutlich, dass die dunkle abgelegene Sackgasse an der Reusseggstrasse alles andere als ideal ist für den Strassenstrich. Es fehlt an sozialer Kontrolle.»

Die Situation im Ibach ist für die Betroffenen prekär und das Thema Strassenstrich für die Stadt Luzern gelinde gesagt ein Skandal: Das Projekt Strassenstrich Ibach ist falliert. Und es liegt auf der Hand, dass keine befriedigende Lösung gefunden werden kann, solange sich der Strassenstrich an einer abgelegenen Sackgasse befindet und provisorische Massnahmen zur Linderung beitragen sollen. Fakt ist: Die Arbeit von Sexarbeiter*innen am Strassenstrich ist ein asymmetrischer Markt. Vulnerable Personen bieten ihre Dienstleistungen an, ohne passende Infrastruktur, ohne soziale Kontrolle, welche ein Minimum an Sicherheit bieten könnten. Es überrascht nicht, dass an diesem Ort Gewaltdelikte stattfinden. Es überrascht aber, dass diese Situation seit Jahren so hingenommen wird.

Das Postulat zielt nicht darauf ab, den bestehenden Strassenstrich mit Symptombekämpfungen sicherer zu machen. Es muss eine Lösung gefunden werden, welche die Sicherheit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter*innen gewährleistet. Dies ist aus Sicht der Postulant*innen nur mit geeigneter Infrastruktur wie z. B. einem Gebäude oder einer Containersiedlung möglich, welche idealerweise auch eine Nachbarschaft für ein gewisses Mass an Kontrolle aufweist. Diese Infrastruktur beinhaltet nicht nur die Arbeitsplätze der Sexarbeiter*innen, sondern auch diejenigen des Vereins LISA wie Gesundheitsdienste, psychologische Betreuung und rechtliche Beratung.

Es wird deshalb gebeten, dass die Stadt

- gemeinsam mit dem Verein LISA und der Polizei einen für die Sexarbeiter*innen des Strassenstrichs geeigneten Arbeitsort evaluiert;
- diese Räumlichkeiten dem Verein LISA als Arbeitsort zur Verfügung stellt;
- mit dem Verein LISA eine Leistungsvereinbarung erarbeitet, in welcher die finanzielle Unterstützung an den Verein sowie die Nutzung, Haftung, Zuständigkeiten und die Verantwortung hinsichtlich Sicherheit sowie Unterhalt der Liegenschaft geklärt werden und die Finanzierung langfristig gesichert werden kann (z. B. Fonds, Dienststelle etc.);
- in diesem Zusammenhang Massnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung erarbeitet.

Die Vision der Initiantinnen des Vereins LISA war ein Haus für Sexarbeiter*innen. Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, diese Vision in Wirklichkeit umzusetzen.